

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Stefan Henze (AfD)

Brexit (A.) und Handelsstreit (B.) als Gefahren für die niedersächsische Wirtschaft - Wie reagiert die Landesregierung?

Anfrage des Abgeordneten Stefan Henze (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 11.06.2019

A. Brexit

Der Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (GB) aus der EU wurde vom 29.03.2019 auf ein noch unbekanntes Datum verschoben. Zum heutigen Stand kann also niemand sagen, wann er kommt und wie der Warenverkehr danach organisiert wird. Nach einer Umfrage des Beratungsunternehmens Deloitte in Kooperation mit dem BDI e. V. gibt die Hälfte der deutschen Automobilunternehmen an, dass ihnen der Brexit und die damit verbundenen Unsicherheiten bei der Planung ihrer Geschäfte Probleme bereiten. Für den Fall eines „harten Brexit“ rechnet der IWF mit einer Rezession für Großbritannien sowie signifikanten Wachstumsschwächen für die EU-Länder. Die Weltbank gibt an, dass die Volkswirtschaften Osteuropas und Nordafrikas ebenfalls von einem Brexit betroffen wären.

1. Wird es nach derzeitigem Stand einen geregelten, teilgeregelten oder unregulierten Austritt Großbritanniens aus der EU geben, und welche Informationen liegen der in Berlin, Brüssel und London vernetzten Landesregierung dazu vor?
2. Führt die Landesregierung selbst Gespräche mit Regierungsvertretern Großbritanniens oder seiner Verwaltungsuntergliederungen auf regional level und/oder county level, um im Fall eines teilgeregelten oder unregulierten Brexits wirtschaftliche Durchlässigkeit, insbesondere auch für Aus- und Einfuhren über die Häfen gewährleisten zu können?
3. Wenn Frage 2 positiv beantwortet wurde: Mit welchen Vertretern welcher Ebenen (Angabe von Verwaltungsebene und Namen der offiziellen Vertreter) wurden wann und zu welchen Themen Gespräche geführt?
4. Wenn Frage 2 negativ beantwortet wurde: Glaubt die Landesregierung, sich in Fragen des Brexits auf Berlin und Brüssel verlassen zu können und/oder zu müssen?

B. Handelsstreit

Die USA konfrontieren derzeit Handelspartner, z. B. China, Europa, Indien, mit Handelsstreitigkeiten. Mit Blick auf die EU sprach US-Präsident Trump von einem „brutalen Handelspartner“. Inhaltlich geht es u. a. um Subventionen für den Flugzeugbauer Airbus. Die Welthandelsorganisation entscheidet zu einem Airbus-Subventionsvorwurf des früheren US-Präsidenten George W. Bush in den kommenden Monaten, ob den USA deshalb Vergeltungsmaßnahmen zustehen oder nicht. Darüber hinaus droht Präsident Trump über viele Produktkategorien hinweg mit Strafzöllen im Umfang von 11 Milliarden US-Dollar. Im Raum stehen dabei auch Zölle bei der Einfuhr von Pkw aus der EU in Höhe von 25 %. Etwaige Maßnahmen der USA betreffen auch Niedersachsen und seine Bürger.

1. Welche Informationen bekommt die Landesregierung von der mit der Verhandlung des Handelsstreits mandatierten EU-Kommission über den Stand der Verhandlungen des Handelsstreitigkeiten USA vs. EU?
2. In welchen Abständen wurde und wird vonseiten der EU-Kommission oder der Bundesregierung informiert bzw. wurde/wird vonseiten der Landesregierung der Stand abgefragt (bitte Daten nennen)?

3. Wie ist die Landesvertretung Niedersachsens in Brüssel in diesen Vorgang eingebunden, und welche Initiativen wurden von dort vorgeschlagen oder umgesetzt?
4. Hat oder hatte die Landesregierung die Möglichkeit, abseits der EU-Bemühungen in direkten Gesprächen mit US-Vertretern über die Angelegenheiten zu sprechen, und wenn ja, mit wem wurde gesprochen, und wann fanden die Gespräche statt?
5. Welche Ergebnisse oder Zwischenergebnisse lassen sich aus vorhandenen Informationen ableiten, insbesondere in Bezug auf die angedrohten Autozölle?
6. Hat der VW-Konzern über die Aufsichtsratsvertreter des Landes Niedersachsen Empfehlungen/Hinweise zu dem Stand der Verhandlungen erhalten?

(Verteilt am 17.06.2019)